

Abbau zu fördern, Steuergelder zur Stützung und zum Ausbau von Gruben verschleudert, die nach Ansicht von Fachleuten schon vor Jahren hätten geschlossen werden müssen (CIPA, 19. 2. 1959). Diese polemische Darstellung wird durch die Tatsache erhärtet, daß mit dem Aufhören der Subventionen die neue christlich-soziale Regierung des Ministerpräsidenten Gaston Eyskens einen Sofortplan des Belgischen Nationalen Kohlenrates (Konsultativorgan) vorlegen mußte. Er sieht die Stilllegung von 10 der 19 Gruben und die Reduzierung der täglichen Fördermenge von 13 000 auf 7000 Tonnen im schwächsten der fünf Kohlenreviere Belgiens, der Borinage, vor. Ferner sollen die verbliebenen neun Zechen nur noch von *einer* Gesellschaft anstatt von fünf verwaltet werden. Das würde die Entlassung von etwa 6500 Bergleuten bedeuten. Gegen dieses Projekt erhob sich ein Sturm der Entrüstung mit vielen lokalen Streiks und einem für den 19. Februar vorgesehenen, aber zusammengebrochenen Generalstreik. Eigenartig, aber verständlich ist die Feststellung, daß die treibenden Kräfte zur sozialen Unruhe weniger die Bergleute selbst als die Wirte und Geschäftsleute der von der Stilllegung betroffenen Gebiete waren, die ein „Absinken des Lebensstandards der Borinage“ befürchteten. Die Regierung scheint jedoch stark genug zu sein, ihre Stilllegungspläne durchzusetzen, und bereitet sich darauf vor, andere Industrien in der Gegend anzusiedeln, die einen Teil der entlassenen Arbeiter aufnehmen können. Die Schärfe der Auseinandersetzung in Belgien dürfte deshalb eher politisch als sozial bedingt sein. Denn in einem so finanzstarken Land wie Belgien sind Neuinvestitionen nicht allzu schwierig, um von der wirtschaftlichen Seite her sozialen Notständen abzuweichen. Schon für 1959 sieht die Regierung Eyskens allein 27 Milliarden belgischer Francs aus Staatsmitteln für Investitionszwecke vor. Der eigentliche Fehler in der Borinage bestand darin, daß nicht rechtzeitig genug die nötigen Vorkehrungen für eine wirtschaftliche Neuorientierung getroffen wurden, so daß der soziale Sturm so plötzlich ausbrechen konnte.

In einer Situation wie der belgischen, wo noch reiche wirtschaftliche Möglichkeiten vorhanden sind, treffen Gewissensappelle nicht auf fast unlösbare strukturelle Schwierigkeiten, sondern können, wenn sie befolgt werden, viel zur sozialen Beruhigung beitragen. So konnte in einem Hirtenbrief, den auch der „Osservatore Romano“ (22. 2. 1959) zitierte, der Bischof von Tournai, Charles-Marie Himmer, mit Aussicht auf Erfolg über die „wirtschaftliche Zukunft der Borinage“ sprechen.

Für die Strukturfrage „Erhaltung veralteter Betriebe oder Neuorientierung der Wirtschaftsstruktur?“ stellt

der Bischof als Prinzip auf: Neuorientierung nur dann, wenn das Alte *unbedingt* verschwinden muß. „Es steht uns jedoch nicht zu, sondern den Experten, die sich in den wirtschaftlichen Gegebenheiten genau auskennen, über die mögliche Wiederaufnahme dieser oder jener wirtschaftlichen Tätigkeit zu befinden oder die möglichen Erfolge einer sich substituierenden Produktion festzustellen. In unserer Eigenschaft als Bischof wollen wir nur einen Appell an alle Verantwortlichen richten, deren Meinung und Ratschläge darin übereinstimmen sollten, welche alten Betriebe in Gang gehalten und welche neuen aufgebaut werden sollten. Wir wenden uns mit Vertrauen an die oberste Staatsgewalt, an die Vertreter der nationalen und internationalen Institutionen, an die Leiter der Zechengesellschaften und der Gewerkschaften, an die Techniker sowie an die Finanzierungs- und Kreditinstitute und an die gesamte Bevölkerung. . . Wir fordern nachdrücklich, daß ihre Entscheidungen nicht nur die wirtschaftlichen Imperative, sondern im Maße des Möglichen die höher stehenden Interessen und unzerstörbaren Rechte der arbeitenden Bevölkerung streng berücksichtigen. . . Nicht das Geld darf an erster Stelle stehen, sondern der Mensch!“ Msgr. Himmer sieht bei dieser strengen Ermahnung jedoch auch sehr klar: „Es gibt Fälle, in denen die Moral die wirtschaftliche Reorganisation einer Gegend nicht verbietet, sondern geradezu erfordert, wenn es das einzige Mittel ist, um die Existenz der Bevölkerung zu erhalten.“ Eine solche Reorganisation kann nur unter der Bedingung erfolgen, daß alle entlassenen Arbeiter von Anfang an die Gewißheit haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Ferner kann ein wirtschaftlicher Neubau heute unter sozial großzügigeren Aspekten als in der Vergangenheit erfolgen.

#### *Europäische Aufgabe der Sozialwissenschaft*

Die geschilderten Vorgänge in drei Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zeigen, daß in diesem neuen Rahmen wirtschaftlicher Tätigkeit neue Probleme auftreten, deren Lösung für die Kirche zur großen Sorge wird. Die sich anbahnende hocharbeitsteilige, viel weiträumigere Wirtschaft als im bisherigen nationalen Rahmen wird große strukturelle Änderungen für einzelne Wirtschaftsregionen und Zweige nach sich ziehen. Durch die Bischöfe wurde das Gewissen aller Verantwortlichen aufgerufen, die sozialen und menschlichen Konsequenzen ernsthaft zu berücksichtigen und rechtzeitig und klug die notwendigen Umdispositionen zu treffen. Der Sozialwissenschaft bleibt es nun vorbehalten, die Modelle und Maßstäbe zu entwerfen, mit denen diese sozial-ethischen Forderungen erfüllt werden können.

## Aus der Ökumene

### Um das Ökumenische Konzil

Unter dem Titel „Das künftige Konzil und die christliche Einheit“ veröffentlicht der als einflußreicher und weiser Partner interkonfessioneller Gespräche bekannte französische Dominikaner C. J. Dumont, Paris, in der Sondernummer seines Bulletin „Vers l'Unité chrétienne“ (Januar-Februar 1959) einen Aufsatz, der „die nicht ge-

ringen Verwirrungen und die voreiligen Folgerungen“ aus der sehr lakonischen Information des Vatikans über die Ankündigung eines Ökumenischen Konzils durch Papst Johannes XXIII. (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 272f.) zu klären sucht. Dumont weist sogleich auf den Grund dieser Verwirrung hin und sagt, das Wort „ökumenisch“ ist von den Nicht-Katholiken dahin verstanden worden, als erstrecke es sich — wie in der Öku-

menischen Bewegung — auf alle christlichen Konfessionen, und daraus habe man geschlossen, sie alle würden zur Teilnahme eingeladen.

Wir berichten anschließend, welche Vorschläge und Bedingungen bereits auf Grund dieser irrigen Annahme zur Diskussion gestellt worden sind, besonders in protestantischen Zeitschriften, auf die P. Dumont noch nicht hat eingehen können. Er sagt, man habe nicht der Tatsache Rechnung getragen, daß das Kanonische Recht (CIC can. 222—229) unter einem ökumenischen Konzil eine vom Papst einberufene, in seinen Beschlüssen an die Zustimmung des Papstes gebundene Versammlung der residierenden Bischöfe der ganzen römisch-katholischen Kirche versteht, soweit sie in Gemeinschaft mit dem Bischof von Rom wirken. Dieser Begriff „ökumenisch“ werde freilich von der Gesamtheit der getrennten Christen, einschließlich der Orthodoxen, bestritten. Sie sagen oft genug vom Weltrat der Kirchen, er sei „katholischer als Rom“, d. h. ökumenischer, weil er alle Glaubenserfahrungen in sich vereine. In der Tat wird, wie wir hernach sehen, gegen das geplante Konzil des Papstes dieser neue bzw. bei den Orthodoxen in anderer Bedeutung sehr alte Begriff von „ökumenisch“ nachdrücklich vertreten, so daß es jetzt schon heißt, das Konzil des Papstes sei gar kein ökumenisches Konzil im wahren Sinne.

Was zunächst den klärenden Aufsatz von P. Dumont betrifft, so stellt er fest, daß keine offizielle Verlautbarung des Vatikans bisher die Absicht einer Einladung der anderen Konfessionen zum Konzil erkennen lasse. Sodann erklärt er, daß es in der Sicht Roms zwei Kategorien der getrennten Christen gibt, jene Gemeinschaften, die die wesentlichen Strukturelemente der Kirche, wie sie nach katholischer Lehre Christus gestiftet hat, bewahrt haben, besonders die bischöfliche Weihe und Sukzession, und jene, die sie abgelehnt oder doch, im Falle der Bewahrung, ihrer Substanz beraubt haben. Gemeint sind die Ostkirchen auf der einen und die Reformationskirchen auf der anderen Seite. Dumont macht deutlich, daß nach seiner Kenntnis — und er ist in dieser Frage sehr kenntnisreich — das Konzil nicht als „Unionskonzil“ gedacht sei, auch würde ein solcher Versuch schwerlich dauerhafte Ergebnisse zeitigen. Doch es könne für eine künftige Union sehr wohl gute Vorarbeit leisten, z. B. durch eine voll entfaltete Theologie der Kirche, die u. a. die Bedenken der Orthodoxen gegen die Rolle des Bischofsamtes in der lateinischen Kirche zerstreue. „Unter anderem möchten wir das Prinzip der Kollegialität in der Struktur und Regierung der Kirche nennen, ein Prinzip, das von der katholischen Kirche niemals lehrmäßig gelehrt noch wirksam verworfen worden ist und das uns durchaus, sowohl in der Sache wie nach dem Recht, vereinbar zu sein scheint mit der Ausübung des Primates des Bischofs von Rom.“ Das Vaticanum habe, wie man wisse, für diese Frage nicht mehr die Zeit gehabt. „Ein anderer Beitrag des Konzils — obwohl ein Konzil dafür gar nicht einmal nötig wäre — würde die Schaffung von Institutionen in der katholischen Kirche sein, die mit Autorität und hinreichender Befugnis ausgerüstet werden, um ständige Gespräche mit den anderen christlichen Gemeinschaften zu führen... Ohne Zweifel könnten derartige Gebilde schon während des Konzils Kommissionen schaffen, die für Kontakte mit Delegierten der verschiedenen Gemeinschaften beauftragt werden, soweit diese sich ihrer bedienen wollen. Man könnte sogar ins Auge

fassen, solche Gremien schon vor dem Konzil zu bilden, damit sie dank ihrer Kontakte mithelfen könnten, das zu erkennen, was in der Sache getan werden muß“ (S. 4).

Was den Weltrat der Kirchen betreffe, so sei die dogmatisch bestimmte Haltung Roms dazu bekannt, und sicher dürfe man nicht erwarten, daß die katholische Kirche, die sich als die von Christus gestiftete Kirche betrachtet, einem Beitritt zum Weltrat als „Mitgliedskirche“ nachsinnt, wie er gelegentlich vorgeschlagen werde (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 365). Andererseits sei auch nicht anzunehmen, daß das Konzil nicht irgendwie die enorme Anstrengung des Weltrats in Richtung auf die Einheit beachten werde, obwohl sie tragischerweise auf sehr verschiedenen Lehrgrundlagen versucht wird. Die z. T. ungünstigen Reaktionen der Getrennten auf den Konzilsplan sollten bedenken, daß die Probleme einer Einigung der Christen sorgfältig unterschieden werden müssen, ohne sie aus ihrem Zusammenhang zu reißen. Dumont glaubt sagen zu können, daß Rom nicht daran denke, mit der einen Hand aufzubauen und mit der anderen zu zerstören (was die Ökumenische Bewegung bereits geschaffen hat).

#### *Erste Reaktionen aus Genf*

Nach dieser Einleitung geben wir einen Durchblick durch besonders wichtige Stellungnahmen, vor allem aus dem Weltrat der Kirchen und seinen Mitgliedskirchen, die eine gewisse Einheit der Gedanken erkennen lassen. Die richtunggebende Verlautbarung stammt vom Exekutiv-ausschuß des Weltrates, dessen 13 Mitglieder (darunter Bischof Dibelius, Kirchenpräsident Niemöller, Prof. Hromadka, Bischof Barbieri und Bischof Oxnam) unter Vorsitz des Lutheraners Franklin Cl. Fry am 12. Februar erklärten: eine formelle Stellungnahme zu dem von Papst Johannes XXIII. angekündigten Konzil sei erst möglich, wenn dem Ausschuß weitere Informationen vorlägen. Dagegen machte sich der Ausschuß einmütig eine Erklärung des Generalsekretärs Dr. Visser 't Hooft vom 26. Januar zu eigen, in der es hieß: „Es hängt viel davon ab, auf welche Weise das Konzil einberufen wird und in welchem Geiste man an die Frage der christlichen Einheit herangeht. Die entscheidende Frage lautet: Wie ‚ökumenisch‘ wird das Konzil in seiner Zusammensetzung und in seiner geistlichen Ausrichtung sein.“ Die Erfahrung der Ökumenischen Bewegung, so fährt die Erklärung des Exekutiv-ausschusses fort, „hat bestätigt, daß die christliche Einheit nur gefördert wird, wenn die Kirchen sich auf der Grundlage gegenseitiger Achtung begegnen und dabei uneingeschränkt festhalten an der Wahrheit des Evangeliums, an der Liebe und der ehrlichen Interpretation ihrer eigenen Glaubensüberzeugungen.“

Gemeint ist hiermit zweifellos eine Haltung, wie sie das bekannte Statement von Toronto 1950 fixiert hat, das man schon mehrfach der römisch-katholischen Kirche als Basis für einen möglichen Beitritt zum Weltrat empfohlen hat. Die Erklärung fährt fort:

„Die fruchtbarsten ersten Schritte zu guten Beziehungen untereinander ergeben die praktische Zusammenarbeit der Kirchen im Dienste am Menschen, im Bemühen um eine verantwortliche Gesellschaft und einen gerechten dauerhaften Frieden, in theologischen Gesprächen und gemeinsamen Anstrengungen, die Glaubensfreiheit für alle in jedem Land zu sichern.“ Der letzte Punkt wurde in einer Pressekonferenz durch einen Vertreter des Welt-

rates bereits in die Formel gebracht: „Erst Glaubensfreiheit in Kolumbien und Spanien, dann Konzil!“, eine Haltung, die bald von lutherischer Seite als unklug beanstandet wurde.

Der Exekutivausschuß des Weltrates der Kirchen beauftragte schließlich Dr. 't Hooft, als Leiter eines Sonderausschusses die weitere Entwicklung zu verfolgen.

#### *Anglikanische und lutherische Erklärungen*

Recht optimistisch äußerte sich sogleich der „Außenminister“ der Kirche von England, Bischof Ivor Watkins. Er sagte, der Konzilsplan werde von Würdenträgern der Anglikanischen Kirche als ein hoffnungsvolles Zeichen begrüßt: „Wenn Beobachter eingeladen werden sollten, so sollten wir sicher eine solche Einladung annehmen“ (Church Times, 30. Januar 1959). Viel mehr ist seitdem nicht verlautet, und der Erzbischof von Canterbury, Dr. G. Fisher, schweigt naturgemäß.

Am beredtesten sind die Stimmen der Lutheraner, die damit ihr großes Interesse an dem Konzil wie überhaupt an einer Auseinandersetzung mit der römisch-katholischen Kirche zu erkennen geben. Allerdings sind diese Stimmen, obwohl sie im Prinzip mit der Genfer Richtlinie übereinstimmen, insofern nicht ganz einheitlich, als die einen sich anscheinend mit einer Beobachterrolle auf dem Konzil begnügen würden, während der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Dr. Carl E. Lundquist, alsbald bekanntgab, man werde enttäuscht sein, wenn die protestantischen Kirchen nur als Zuhörer zum Konzil zugelassen würden, „da eine größere christliche Einheit nur auf der Basis gleicher Partner angestrebt werden könne“ (epd Nr. 33, 9. 2. 1959).

Landesbischof D. Lilje nahm bereits im „Sonntagsblatt“ vom 8. Februar ausführlich Stellung zum Konzil. Er meinte, ob man nicht in der Sache zu viel der Publizität getan habe, so daß „die Integristen und Immobilisten“ an der Kurie bereits manches Wasser in den Wein des Papstes haben gießen können. Auch er stellte die Frage, was eigentlich der Ausdruck „ökumenisch“ bedeute, und wies ebenso wie P. Dumont OP darauf hin, daß er in der Sprache Roms etwas anderes bedeutet als in der Ökumenischen Bewegung. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der Frage, ob und in welcher Weise es zu einer Einladung an die Orthodoxen kommt. Er gab zu, daß hier wohl das Hauptinteresse des regierenden Papstes liege, meinte aber, daß seiner Absicht, die Orthodoxen auf das Konzil zu bringen, allein schon das Hindernis der Zustimmung der Sowjetregierung im Wege stehe, von dogmatischen Fragen ganz zu schweigen: „Man muß, ohne die Aufrichtigkeit der päpstlichen Ankündigung in Zweifel zu ziehen, die Frage stellen: Hat man in Rom diese Schwierigkeiten, die vorerst unüberwindbar erscheinen, sorgfältig genug bedacht? Denn hier taucht das eigentliche Risiko dieses Planes auf: Mißlingt die Absicht, über die Grenzen der römischen Kirche hinauszugreifen, dann könnte die beklagenswerte Folge sein, daß in der nächsten Zukunft die Beziehungen zwischen der römischen Kirche und den anderen christlichen Kirchen schlechter statt besser würden. Das kann niemand wünschen.“

#### *Der Papst soll sich mit Genf verständigen*

Sehr viel weiter geht ein wohldurchdachter Aufsatz des Referenten für Catholica im Lutherischen Kirchenamt der VELKD zu Hannover, Oberkirchenrats Hugo Schnell,

im Hamburger „Informationsblatt“ Nr. 4 (2. Februarheft, S. 49—55). Bei den engen persönlichen Beziehungen dieses Amtes zur Studienabteilung des Weltrates der Kirchen kommt den darin enthaltenen Vorschlägen besondere Bedeutung zu. Der Aufsatz trägt den Titel „Anbruch des johanneischen Zeitalters?“ und ist eine Erwiderung auf einen vorangegangenen Beitrag in Nr. 3 des „Informationsblattes“ von Thomas Sartory OSB über „Das neue Ökumenische Konzil“, der zunächst die innerkatholische Bedeutung des Konzils darlegte und dann seine ökumenischen Möglichkeiten erörterte, um zum Schluß, weit über alle katholischen Stellungnahmen hinausgehend, davon zu handeln, daß die bisherigen interkonfessionellen Gespräche „nun in höchst offizieller Weise im Rahmen dieses Konzils geschehen könnten“, wobei die Theologie Karl Rahners und das Buch von Hans Küng über die Rechtfertigungslehre Karl Barths vielleicht eine Interpretation des Tridentinums in besseren und erschöpfenderen Aussagen gestatten würden.

Schnell ist anderer Meinung und sagt, ein solches Verfahren würde die Wahrheit relativieren. Für die Lutheraner stehe eine Prinzipienfrage auf dem Spiel. Bestehende Formeln könnten niemals zur wahren Einheit führen. Dieses Mühen sei nur dort legitim, wo man darauf verzichte, andere *notae ecclesiae* für die Einheit zu erzwingen, als sie im Artikel VII der Augsburgischen Konfession genannt sind, nämlich die rechte Verkündigung des Evangeliums und die entsprechende Verwaltung der beiden Sakramente. Aber diese Antwort auf Sartory ist offenbar nur der Nebenzweck des Aufsatzes, der im ganzen die Tendenz hat, die realen Gegebenheiten zu beachten. Wie denkt sich das Schnell?

Nach einleitenden Bemerkungen über den etwas „romantischen Charakter“ dieses johanneischen Konzils und einem Resümee der verschiedenen Ansprachen des Papstes rät er zu einem Verzicht auf Illusionen und sagt: „Jeder Versuch, den Primatsanspruch des Papstes gegenüber der nichtrömischen Christenheit durchzusetzen, würde das Konzil zu einer innerkatholischen Kirchenversammlung und damit eben nicht zu einem wahrhaft ökumenischen Konzil werden lassen.“ Man werde schon an den Orthodoxen scheitern. Schnell erörtert dann die „Schlüsselstellung Konstantinopels“, zitiert negative Stimmen der Orthodoxie zum Konzilsplan, geht nur kurz auf die Neujahrsbotschaft des Patriarchen Athenagoras I. von Konstantinopel ein, deren positiver Charakter infolgedessen nicht deutlich wird (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 273), und zitiert ein Wort des Metropoliten Jakobus, wonach ein Gespräch auf höchster Ebene in Istanbul gewünscht wird und keine Rede davon sein könne, daß Athenagoras eine Wiedervereinigung mit Rom unter Umgehung des Weltrates der Kirchen anstrebe, ein Gegenstand großer Sorge, der in allen ökumenischen Verlautbarungen eine beherrschende Rolle spielt.

Nach einer Wiedergabe der Stellungnahme des Exekutivausschusses des Weltrates vom 12. Februar kommt Schnell auf die „realen Chancen“ und sagt: „Die Frage nach den Bedingungen (einer Teilnahme am Konzil) spielt in der bisherigen Diskussion eine gewichtige Rolle. Man sollte aber keine Bedingungen stellen, und zwar von keiner Seite. Die römische Kirche sollte Gespräche nicht wie beim Vaticanum von der Anerkennung des Primats abhängig machen oder mit der Forderung der ‚Heimkehr‘ verbinden. Die nichtrömische Christenheit sollte als Preis

für eine Teilnahme an Gesprächen nicht die Absage Roms an den Primatsanspruch fordern.“ Es taucht u. a. der Vorschlag auf, die Annäherung erst einmal durch praktische Zusammenarbeit zu versuchen. Was das Konzil selbst betrifft, wird die große Zahl der zu erwartenden offiziellen Teilnehmer auf rund 1500—2000 abgeschätzt, so daß es sinnlos sei, auch noch Vertreter der übrigen Christenheit hinzuzuziehen. Daher wäre es „ein nahe- liegender Gedanke (für Rom), sich mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen über den Kreis der Gesprächspartner zu verständigen . . . Im Blick auf Abstimmungen könnte eine Beteiligung als ‚Beobachter‘ unter Umständen sogar wünschenswerter sein als eine Beteiligung mit beschließender Stimme (wozu übrigens eine Änderung des CIC notwendig wäre). Beobachter wären allerdings keine ‚Zuhörer‘. Das sollte außer Diskussion stehen.“

Diese Idee einer vorherigen Verständigung des Papstes mit dem Weltrat der Kirchen gipfelt in dem von Schnell zitierten Vorschlag des orthodoxen Erzbischofs Germanos, des Generalvikars der griechisch-orthodoxen Kirche von Nord- und Südamerika, man sollte „auf einer Vorkonferenz zwischen Papst Johannes und den Oberhäuptern der orthodoxen und protestantischen Kirchen eine Verständigung über das geplante Konzil anbahnen“. Dabei wird leider nicht beachtet, was Dumont dargelegt hat: daß der Papst offenbar ein Ökumenisches Konzil für die Erneuerung der römisch-katholischen Kirche halten und damit auch die getrennten Christen erneut zum Suchen der Einen Kirche anregen will. Das zu mißdeuten oder gar zu hindern, wird schwerlich ein ernsthaft an der ökumenischen Sache interessierter Christ wollen.

Ganz ähnliche Gedanken wie Schnell entwickelt Oberkirchenrat Erwin Wilkens, der Pressereferent der VELKD, in der „Evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung“ (Nr. 6 vom 15. 3. 1959). Er möchte vor allem, daß Rom aus seiner „dogmatischen und kirchenrechtlichen Selbstabschirmung, die vom Leben selbst vielfältig unterwandert“ sei, herausgelöst wird. Darum sollte Rom nicht mehr „die reumütige Rückkehr der Abgefallenen in die alte Heimat zum ökumenischen Grundgesetz“ erklären. Er rechnet mit weitreichenden Plänen des Papstes, für die er sich der Autorität des Konzils bedienen wollen muß, weil er sie „offenbar höher einschätzt als die eigene“. Aber er sollte von vornherein darauf verzichten, die Orthodoxen aus dem Weltrat der Kirchen herauszulösen, und sich vor einer Verkennung der geistigen und geistlichen Situation der Weltchristenheit hüten: „Das theologische Gespräch zwischen der römisch-katholischen Kirche und den Theologen der übrigen großen Konfessionen ist so eng verzahnt, daß jede kirchenpolitische Mißachtung dieses geistigen Lebens zu schweren Schädigungen führen muß . . . Wir fürchten, daß man an diesem Punkt in Rom noch am meisten zu lernen haben wird.“ Alle sollten sich als Glieder am Leibe Christi gegenseitig ernst nehmen. „Darum wünschen wir, der Vatikan möchte sich nicht scheuen, den Konzilsplan mit Beauftragten des Ökumenischen Rates der Kirchen erörtern zu lassen.“

#### *Reformiertes Echo*

Die meisten ungünstigen, z. T. sogar scharfen Stimmen kommen, wie nicht anders zu erwarten, aus dem Raum des Calvinismus. Wohltuend hebt sich von ihnen eine Glosse des Hauptschriftleiters Pfarrer Peter Vogelsanger in der Züricher „Reformatio“ (Februar 1959, S. 116—120)

ab, die bereits früher den Mut und die Demut des Papstes bewundert hatte, sich den Namen Johannes beizulegen. Aber auch hier wird von dem „wirklich ökumenischen Konzil“ gesprochen und geraten, Rom solle mit der festen Tatsache rechnen, daß alle nicht-römischen Kirchen im Weltrat zusammengeschlossen sind und „daß es hier den Anschluß suchen muß“. Man weiß, das Hauptproblem der Ökumenischen Bewegung bleibe ungelöst, solange „der Weg zum echten Gespräch mit Rom nicht gefunden würde“. Man verschließt sich aber nicht der Erkenntnis, daß das Dogma der römisch-katholischen Kirche einen solchen Anschluß kaum ermöglicht. Es gäbe aber jenseits von Dogma und Institution ein Höheres, das lebendige Walten des Geistes Gottes, das z. B. in der erstaunlichen Übereinstimmung von Verlautbarungen Papst Pius' XII. zu den großen Lebensfragen mit den Kundgebungen des Weltrates der Kirchen bestehe. Dabei wird auf den Aufsatz von J. P. Michael über „Pius' XII. politische Prophetie und die Ökumene“ in der Zeitschrift „Wort und Wahrheit“ (Januar 1959) hingewiesen.

Ausgesprochen negativ sind die Stimmen aus dem amerikanischen Protestantismus. Die Konferenz des Nationalrates der Kirchen Christi in USA vom Anfang März zeigte keine Hoffnung mehr, daß der Papst einen gangbaren Weg für die Wiedervereinigung der Christenheit finden werde, weil er an seinem Primatsanspruch festhalten wolle. Dieser Stimmung gab „Christian Century“ vom 18. Februar bereits in folgender Glosse Ausdruck: „Papst Johannes XXIII. (der Zweite) sagt jetzt, man werde zwei Jahre für die Vorbereitung des Ökumenischen Konzils benötigen, das er neulich ankündigte. Er sagt, das Konzil werde in Rom tagen. Die Art der ursprünglichen Ankündigung und die Bestimmung des Ortes haben einige Bedeutung für das, was man von diesem Konzil erwarten muß. Nicht genug Zeit ist seit der Inthronisation des neuen Papstes verstrichen, um mit den nicht-katholischen Kirchen Beratungen zu halten. Soweit wir erfahren konnten, sind diese nicht darüber konsultiert worden, ob es wünschenswert sei, ein ökumenisches Konzil zu dieser Zeit und an diesem Ort abzuhalten . . .“ Was geschehen werde, sei eben eine Weltratstagung der römisch-katholischen Kirche, aber nicht ein ökumenisches Konzil im wahren Sinne dieses Wortes, und sie werde jenen „ökumenischen“ Tagungen protestantischer Konfessionen gleichen, die in den letzten Jahren abgehalten wurden: „Es wird ein eindrucksvolles denominationelles Schauspiel sein“, aber nichts deutete bisher darauf hin, daß es ein ökumenisches Konzil sein werde. „Solch ein Konzil — die Dritte Vollversammlung des Weltrates der Kirchen — ist in zwei Jahren für Ceylon geplant . . . Es wird sich mit der christlichen Verantwortung in Gebieten schnellen sozialen Wandels und mit anderen Fragen befassen, von denen die Zukunft der Welt abhängt . . . Wir brauchen nicht daran zu zweifeln, welche Schlüsse die Geschichte einst ziehen wird, wenn sie diese beiden Meetings miteinander vergleicht.“

Damit haben wir den Rahmen ausgezogen, in dem sich die verschiedenen Stellungnahmen zum Konzilsplan des Papstes bewegen. Sie stimmen alle überein in einem hohen „ökumenischen“ Selbstbewußtsein, das anscheinend unter den starken Erlebnissen und auch Erfolgen der Ökumenischen Bewegung die römisch-katholische Kirche gar nicht anders mehr sehen kann denn als Teil einer umfassenderen ökumenischen Dynamik. Es ist nur zu

befürchten, daß die auf dem von P. Dumont OP gekennzeichneten Mißverständnis sich aufbauenden Vorschläge, Bedingungen und Pläne geeignet sind, jener unzweifelhaft vorhandenen „neuen geistigen Wirklichkeit“ zwischen den Christen verschiedener Konfession mehr zu schaden als die weise Zurückhaltung, die sich Papst Johannes bisher auferlegt hat. Warum kann man die Veröffentlichung seiner Pläne nicht ruhig abwarten? Warum diese aufgeregten und propagandistischen Bemühungen um die wahre Ökumenizität?

### Ein Weg?

Schließlich sollte man wohl auch, wenn man zu den Realitäten kommen will, die völlig verschiedene Struktur des Ökumenischen Konzils im römischen Verständnis und des Weltrates der Kirchen und seiner Organe bedenken. Ein kanonisches Ökumenisches Konzil hat die Vollmacht und ist dazu da, gemeinsam mit dem Papst in Glaubensfragen bindende Entscheidungen für die ganze Kirche zu vollziehen, nachdem in seiner Vorbereitungsarbeit alle erforderlichen Gespräche zur Sache vorausgegangen sind. Es kann aber nicht im Gespräch verharren. Die Ökumenische Bewegung dagegen und der von ihr geschaffene Weltrat der Kirchen haben das, was sie heute darstellen, erreicht durch die Methode des „brüderlichen Gesprächs“, des Hörens aufeinander. Anders wären die z. T. extremen Gegensätze der Glaubenserfahrung nie zusammengekommen und könnten anders auch kaum vereint bleiben; obwohl auch namhafte Führer des Weltrates der Kirchen, darunter besonders sein Generalsekretär Dr. 't Hooft, die Gefahr einer Relativierung der Wahrheit sehen und es oft beklagen, daß die erstrebte Einheit der Kirche zu einer „Föderation von Kirchen“ mit verschiedenem Glauben zu werden droht. Eine ähnliche Methode des Gesprächs hat sich auch für

den Verkehr römisch-katholischer Theologen mit den christlichen Konfessionen als fruchtbar erwiesen, sie hat wirklich, wie Oberkirchenrat Wilkens sagt, eine „neue geistige Wirklichkeit“ geschaffen, die weiter gepflegt werden sollte, damit hoffentlich einmal für alle Partner des Gesprächs substantielle Früchte reifen. Der Weltrat der Kirchen insbesondere, auch seine Vollversammlungen oder Zentralaussschußtagungen, kann und darf aber nach seiner Verfassung gar nicht über Glaubensfragen entscheiden, er kann nur über die Wahrheitsfragen diskutieren und versuchen, eine Übereinstimmung zu finden. Derartige Tagungen schließen in der Regel mit einem Bericht (report), der von den betreffenden Gremien „entgegengenommen“ wird, damit er von den Mitgliedskirchen weiter studiert werden kann. Aber die Mitgliedskirchen sind nicht an die Mehrheitsbeschlüsse, mit denen diese Berichte zustande kommen, gebunden. Ein Ökumenisches Konzil, das unter der Autorität des Papstes tagt, würde zu keinem Beschluß kommen, wenn es sich den für den Weltrat der Kirchen notwendigen Methoden des Gesprächs angleichen wollte. Das würde zur Auflösung der Kirche, zur Lähmung ihrer Hirten Gewalt führen. Diesen wesentlichen Unterschied muß man also wohl im Auge behalten. Unter diesem Gesichtspunkt sind die eingangs zitierten Vorschläge von P. Dumont beachtlich, weil sie einen Versuch darstellen, das Konzil sein zu lassen, was es seiner Natur nach ist, und doch Wege laufender und künftiger Gespräche mit den Getrennten zu bahnen, Gespräche, die vor allem über die schon von Pius XII. angestrebte gemeinsame Haltung in der Sorge um den Menschen und um die Grundsätze von Frieden und Gerechtigkeit unmittelbar von Nutzen sein können, wie auch Papst Johannes XXIII. in seiner Weihnachtsansprache sagte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 241).

## Aktuelle Zeitschriftenschau

### Theologie

BRUNNER, August, SJ. *Glaube und Gemeinschaft*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 84 Heft 6 (März 1959) S. 439—449.

Glaube — darunter versteht Brunner zunächst „jene geistige Bewegung, durch die ein Mensch sich in die geistige Mitte eines anderen zu versetzen und durch ihn dessen Welt so zu sehen vermag, wie er sie sieht“ — ist gemeinschaftsstiftend. Die Bindung des Glaubens vollzieht sich frei, sie umfaßt immer das ganze Leben. Da weder Glaube noch Gemeinschaft etwas rein Geistiges sind, bedürfen sie allgemeiner Vorschriften und Institutionen, die nicht in das rein Naturhafte absinken dürfen. Brunner behandelt ferner den Zerfall der Gemeinschaft sowie die Struktur der Kulturgemeinschaft und der religiösen Gemeinschaft.

CONGAR, Yves M.-J., OP. *Konfessionelle Auseinandersetzung im Zeichen des Ökumenismus*. In: Catholica Jhg. 12 Heft 2 (1959) S. 81—104.

Von Möhlers „Symbolik“ ausgehend, gibt der Verfasser einen geschichtlichen Aufriß der Entwicklung des kontrovertheologischen Verfahrens, das im 20. Jahrhundert im Zeichen der Überwindung der Glaubensspaltung steht, wobei alle Spaltungen voneinander abhängen und zugleich aus der Geistesgeschichte zu erklären seien. Das vermittelnde Gespräch sei die einzig mögliche Methode zur Lösung der Probleme. Der Ökumenismus sei nicht nur eine Spezialität, sondern eine bestimmte Dimension des ganzen Lebens der Kirche und der Christen. Eine ökumenische Theologie sei weder von einem einzelnen zu bewältigen, noch werde sie ohne Intensivierung unseres Gebetslebens fruchtbar sein. Congar wünscht der „Catholica“, sie möge sich in ein „Jahrbuch für ökumenische Theologie“ umwandeln.

HANSSLER, Bernhard. *Christus — Herr der Geschichte*. In: Katechetische Blätter Jhg. 84 Heft 3 (März 1959) S. 115—124.

Einige Überlegungen zur Jahresparole der deutschen katholischen Jugend. Hanßler betont dabei besonders die Dialektik der geschichtlichen Herrschaft Christi: Ihm, der den Machtverzicht erklärt hat, ist alle Macht gegeben. Wird diese Dialektik von der Verkündigung nicht gesehen und eine von beiden Seiten verabsolutiert, dann wird das Christusbild und damit unser eigener christlicher Stil falsch.

HILLIG, Franz, SJ. *Die angebliche Beschränktheit des Pfarrers von Ars*. In: Geist und Leben Jhg. 32 Heft 1 (1959) S. 13—25.

Diese sehr überzeugende Skizze des hl. Pfarrers räumt endlich mit der Legende von dem „erleuchteten Idioten“ auf, die durch W. Nigg beinahe zum Gemeingut der Gebildeten geworden ist, und verwendet dabei alle wichtige Literatur. Der erstaunliche Studiengang des Heiligen, seine Bibliothek von 400 Bänden, die gelesen wurden, seine Predigtvorbereitung, seine wahren Geistesblitze, die dabei geschahen, das alles ist in Kürze mit feinem Verständnis geschildert.

POHL, Alfred, SJ. *Der Schöpfungshymnus der Bibel*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 84 Heft 4 (Januar 1959) S. 252—266.

Wie schon die Paradieseserzählung kein zweiter Schöpfungsbericht, sondern eine Kunstprosaerzählung über die Entstehung der Kultur auf der Erde ist, so ist der davorgestellte Hymnus über die Erschaffung und Ordnung der Welt eine poetische Komposition. Der Verfasser behandelt seine drei Teile: Prolog, Korpus, Epilog. Der kunstvolle Aufbau schließe die Festlegung einer zeitlichen Abfolge und alle Harmonisierungsversuche mit dem modernen physikalischen Weltbild aus. Pohl behandelt ferner die literarische Form, Namengebung und -erklärung, den altorientalischen Stil und die Einheit des Verfassers.

### Kultur

HABICHT, Hubert. *Der Gesundheitszustand unserer Schulpugend*. In: Frankfurter Hefte Jhg. 14 Heft 2 (Februar 1959) S. 103—111.

Einige Angaben über den Gesundheitszustand unserer Schulpugend, die einer vom DGB finanzierten Broschüre entnommen sind (Verfasser sind Walter Meis und Ekkehard Sand). Statistische Angaben werden geboten über den allgemeinen Gesundheitszustand, Schulreife, Haltungsschäden, nervöse Verhaltensstörungen. Bemerkenswert ist, daß die letzteren bei Kindern aus geschiedenen Ehen und von alleinstehenden Müttern am verbreitetsten sind. Gefordert wird (von der deutschen Ärzteschaft) eine pädagogisch sinnvolle Stoffbeschränkung im Lehrplan und die unverzügliche Einführung eines obligatorischen 9. Schuljahres.